

Der Reichstag gegen den Schenker-Vertrag.

Allgemeine Mißbilligung des Verhaltens der Reichsbahn.

• Berlin, 19. Februar.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung stand die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums. Präsident Loebe fragte zunächst, ob der Reichstagspräsident Abgeordneter Dr. Quast das Wort wünsche. Seiterteil antwortete ihm, denn der Reichstagspräsident habe das Wort. Quast fehlte ebenso wie seine ganze Fraktion.

Nachdem ein kommunistischer und ein wirtschaftsparteilicher Abgeordneter gesprochen hatten, nahm Reichsverkehrsminister v. Guérard das Wort. Der Etat des Reichsverkehrsministeriums, so führte er aus, ist seit 1927 ziffernmäßig ständig im Rückgang begriffen als Wirkung der Not der Zeit. Die Beschränkung des Etats zeigt sich naturgemäß in erster Linie auf dem Gebiete der Wasserbauverwaltung. Da müssen auch Ausgaben zurückgestellt werden, die geeignet wären, Arbeit zu schaffen. Ich habe in meinem Ministerium als vordringende Aufgabe eine besondere Haushaltsgruppe eingerichtet, deren einzige Aufgabe es ist, ganz unabhängig jede Ausgabe auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit hin zu untersuchen.

Wir brauchen Einheitlichkeit im Verkehrswesen, aber ich kann diese Einheitlichkeit nicht durchsetzen, daß die Konkurrenz ausgeschaltet wird.

Konkurrenz ist notwendig. (Beifall.) In der Organisation der Verkehrsverwaltung ist endlich die notwendige Einheitlichkeit erreicht worden. Wir dürfen nicht mit dem Schlagwort arbeiten: „Deutsche reißt nicht ins Ausland.“ Das wäre ein Fehler wegen der Folgen für den ausländischen Verkehr in Deutschland. Im Wasserstraßenbau muß die Finanzierung wieder aus Anleihenmitteln verlagert werden. Was die Pläne auf Schaffung des Aachen-Rhein-Kanals und des Hanfakanales betrifft, so können diese zur Zeit schon wegen der Finanzlage nicht näher erörtert werden. Der Bau des Aachen-Rhein-Kanals z. B. ist für die dortige Industrie sicher außerordentlich erwünscht, aber wo soll man die Mittel dazu hernehmen, die dafür etwa in Höhe von 200 Millionen RM. erforderlich sind? Auf dem ausländischen Geldmarkt zeigt sich heute ja schon eine gewisse Erleichterung.

Die finanzielle Lage der Reichsbahn hat gerade im Jahre 1930 eine ganz bedauerliche Verschlechterung erfahren.

Von der Mindereinnahme entfallen 649 Millionen auf den Güterverkehr, 77 Millionen auf den Personenverkehr und 64 Millionen auf sonstige Posten. Bisher bietet auch das neue Geschäftsjahr 1931 ein sehr unbedeutendes Bild. In diesem Januar sind die Betriebseinnahmen um 64 Millionen hinter den entsprechenden Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben.

Wir haben sogar eine Tageseinnahme erlebt, die unter 10 Millionen lag.

(Hört! Hört!) Bei dieser schlechten Finanzlage ist es leider auschüssig, die Pläne zu verfolgen, die eine Tarifermäßigung bedürfen. Ich habe schon im Ausschuss darauf hingewiesen, daß ich einen Ausgleich zwischen den verbleibenden Verkehrsmitteln erstrebe. Ich muß offen zugeben, daß

der sogenannte Schenker-Vertrag

mit diesen Weg durch seine Bestimmungen über den Lastkraftwagenverkehr „selbstverständlich“ sehr erschwert und z. B. verbietet, daß ein Lastkraftwagen, der nicht auf der Reichsbahn verkehrt, in das Gebiet des Reichsbahngüterverkehrs hineinkommt. (Beifall.) Der Vertrag ist ganz überraschend, wie eine Komödie in die deutsche Wirtschaft eingeschlagen. Auch ich bin durch seinen Inhalt völlig überrascht worden. (Große Bewegung und Rufe: Das ist ja unerhört!) Ich erfuhr durch einen Abgeordneten davon und habe dann sofort an die Reichsbahnverwaltung geschrieben, daß ich in diesem Verhalten nicht eine Förderung des vertrauensvollen Zusammenarbeitens zwischen Reichsbahn und Ministerium sehe, auf das ich Wert legen möchte und immer Wert gelegt habe. (Beifall.) Ich habe weiter sofort bemerkt, daß der Vertrag nach meiner Auffassung

der Genehmigung der Reichsregierung bedarf, die mit Vorlage des Vertrages erfolgte. Die Reichsbahn hat mit dem Vertrag ohne eine weitere Bemerkung zugestimmt. (Hört! Hört!) Ich habe den Vertrag sehr eingehend studiert und muß offen erklären, daß ich auf Grund dieses Studiums bisher zu einem abschließenden Urteil nicht gekommen bin. Ich habe deshalb an die Reichsbahn eine Reihe ganz konkreter Fragen in finanzieller Beziehung gestellt unter Berufung auf § 32 des Reichsbahngesetzes, der die Reichsbahn verpflichtet, der Reichsregierung jede gewünschte finanzielle Auskunft zu geben.

Diese Fragen sind mir bis jetzt nicht beantwortet worden.

(Beifall.) (Hört! Hört!) Ich nehme aber an, daß die Reichsbahn diese Fragen beantworten wird. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Reichsbahn mir diese finanziellen Auskünfte geben muß, und werde deshalb betonen, daß nicht nur ich, sondern auch die deutsche Reichsregierung der Auffassung ist,

daß die Reichsregierung sich auf Grund des § 31 des Reichsbahngesetzes die Genehmigung dieses Schenker-Vertrages vorbehalten muß.

und ich stelle auch auf diesem Wege fest, daß nach dem B. G. ohne diese Genehmigung das Abkommen zwischen beiden Parteien rechtswirksam ist. (Beifall.) Wir werden Gelegenheit haben, uns über den Schenker-Vertrag noch weiter zu unterhalten. (Rufe: Um ihn zu beseitigen!)

Der Minister befragte sich dann mit dem Luftverkehrsminister. Er wies auf die gewaltigen Aufwendungen hin, die Frankreich, Rußland und andere Staaten auf diesem Gebiet machen. Deutschland könne wegen seiner beschränkten finanziellen Möglichkeiten leider nicht die Pläne schnell genug verwirklichen, die auf dem Gebiet des Transporengewerks erwünscht wären. Im Rahmen aller Möglichkeiten werde das Reich die internationalen Luftverbindungen fördern, um zu zeigen, daß es sich hier um ein Unternehmen handelt, das die Völker verbindet und nicht trennt.

In seinen weiteren Ausführungen betonte der Minister die Notwendigkeit einer Verbesserung des Straßennetzes und fügt hinzu:

Dem Bau großer Autostraßen steht die Regierung ablehnend gegenüber.

Der Beihilfungsanspruch von Spiritus zum Kraftwagenbetriebsstoff wäre für die deutsche Automobilindustrie unerschwinglich. Er würde allein für den öffentlichen Kraftverkehr eine Mehrbelastung um 145 Millionen bedeuten. (Hört! Hört!) Schließlich beantwortete der Minister eine Interpellation, die sich gegen den bekannten Fallgenossenwechsel der Hamburger Reichsbahn betraf. Er erklärte, daß der Reichsbahnpräsident auf diesen Fallgenossenwechsel außerordentlich bedauerte, daß sich aber rechtlich dagegen wenig an lassen.

In der anschließenden Aussprache erklärte der Sozialdemokrat H. L. L. L., daß auch die Sozialdemokraten dem Schenker-Vertrag nicht zustimmen könnten.

Der Volkspartei Dr. Hugo forderte u. a., daß beim Bau deutscher Straßen deutsches Baum-

aterial verwandt werde. Auch er mißbilligte den Schenker-Vertrag. Die Reichsbahn solle den Konkurrenzkampf mit den anderen Verkehrsmitteln nicht führen mit staatlichen Mitteln, sondern durch Leistungsförderung und Anpassung an die modernen Verkehrsverhältnisse. Wir beklagen es auf das tiefste, sagte der Redner weiter, daß die Reichsbahn eine innere Einstellung gegenüber der Reichsregierung eingenommen hat, wie sie sich nach den Darlegungen des Ministers gezeigt hat. Die Reichsbahn ist ein Unternehmen, das dem Deutschen Reich gehört, und es liegt kein stichbarer Grund vor, daß die Leitung der Reichsbahn sich derartig emanzipiert und sich absichtlich in ihren Maßnahmen und Beschlüssen von einer Mitwirkung der verantwortlichen Stellen der Reichsregierung. Der Vertrag ist undurchsichtig und er zeigt einen beträchtlichen

Ausbau des Monopolspekulans, wie er noch niemals in die Geschichte getreten ist.

Darin liegt eine Gefahr für die Zukunft, weil man nicht weiß, wie dieses gewaltige Machtinstrument einmal ausgenutzt werden kann (Sehr wahr!) Der Schenker-Vertrag ermöglicht auch eine Wirtschaftsspionage, die wir in Deutschland nicht eingeführt haben möchten. Im ganzen können wir den Grundgedanken, der der Minister für die Führung seiner Verwaltung entwickelt hat, unsere Zustimmung geben.

Auch der Staatspartei Dr. Winckler erklärte, daß der Schenker-Vertrag der Genehmigung durch die Reichsregierung bedürfe. Vor allem dürfe sich der Vertrag nicht allein auf die Firma Schenker stützen, sondern es müsse die Organisation des Speditionswesens und des Kraftwagenverkehrs eingepaßt werden.

Um 20 Uhr wurde die Weiterberatung auf Freitag 3 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht auch die Schlussabstimmung über die Preßgesetznovelle.

Auch der Industrie- und Handelstag lehnt den Schenker-Vertrag ab.

CNB Berlin, 19. Februar.

Der Verkehrsausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages hat sich heute in längerer Beratung mit dem Schenker-Vertrag der Reichsbahn beschäftigt. In einer von dem Ausschuss angenommenen Entschließung zu dieser Frage wird darauf verwiesen, daß der Verkehrsausschuss bereits im November 1930 eine Resolution über die Eisenbahnverkehrsleistungen als bringend geboten bezeichnet und Untersuchungen über die Neufestlegung eingeleitet habe. Der Vertrag, den die Reichsbahn, ohne das Ergebnis dieser Untersuchung abzuwarten, mit der Firma Schenker

Das Agrarprogramm im Reichskabinett.

Uebereinstimmung in wesentlichen Fragen bereits erzielt.

() Berlin, 19. Februar.

Unter dem Vorsitz des Reichsministers trat heute das Reichskabinett bei der Erörterung des Agrarprogramms in die Spezialdebatte ein. Die Beratung, die morgen fortgesetzt werden soll, ergab, wie amtlich erklärt wird, in wesentlichen Fragen bereits vollkommen Uebereinstimmung. Bei den „wesentlichen Punkten“, über die bereits eine Einigung erzielt wurde, handelt es sich vor allem um die Verlängerung der Ermächtigung über die Getreidezölle und um die Verlängerung der gegenwärtigen Regelung des Einfuhrzolls. Außerdem wurde grundsätzliche Einverständnis über die Einführung von variablen Zöllen für Schweine und für Hühnerfrüchte erzielt. Das Kabinett hat auch die Notwendigkeit anerkannt, daß mit Italien Verhandlungen aufgenommen werden müssen über die Neuregelung der Einfuhr von Obst und Gemüse. Damit hat Italien sich dem Standpunkt angeschlossen, den sein handelspolitischer Ausschuss bereits vor einiger Zeit einnahm. Offen sind noch die recht strittigen Fragen der Butter und anderer Milchprodukte, ferner das Holzproblem. Es ist anzunehmen, daß diese Dinge, die schon stark in die Frage der Veredelungswirtschaft hineingefallen, in der morgigen Kabinettsitzung in Angriff genommen werden, man glaubt jedoch nicht, daß die Beratungen über das weitverbreitete Agrarprogramm bereits morgen abgeschlossen werden können.

Deutschnationale Fehlschlüsse.

Von unserer Berliner Redaktion.

() Berlin, 19. Februar (Draht).

Die Reichsregierung gibt sich nach wie vor Mühe, die Mehrheit des Reichstages ins Unrecht zu setzen. Da die große Sitzung des Reichstages auf einem toten Gleis endet, verläßt es die Reichsregierung nicht, den Versuch zu machen, noch im letzten Augenblick etwas zu retten. Dabei kommt es auf einige Punkte mehr oder weniger nicht an. Die „Deutsche Zeitung“ z. B. die seit einiger Zeit mehr nationalsozialistisch als deutschnational

Das Drama von St. Paul.

Unmenschliche Leiden auf einer einsamen Insel.

Paris, 19. Februar.

Ein furchtbares Drama, das sich im vorigen Jahr auf der einsamen im Indischen Ozean gelegenen und nur sieben Quadratkilometer großen vulkanischen Insel St. Paul abgespielt hat, und bei dem vier Menschen den Tod fanden, wird jetzt durch einen Bericht des „Matin“ bekannt.

Eine französische Gesellschaft glaubte, mit der Unterstützung des Scholentierreichs der Insel ein gutes Geschäft zu machen, und richtete dort einen Fabrikbetrieb für den Jagd, die Verarbeitung und Verpackung von täglich 26.000 Langusten ein.

und C. abgeschlossen habe, verspreche zwar Verbesserungen, die von der gesamten Wirtschaft zu begrüßen seien, gebe aber auf der anderen Seite in ausfallenden Bestimmungen Anlaß zu sehr schweren Bedenken. Als solche werden genannt: Gefahr der Auflösung des Verkehrs der übrigen Speditionen, Preisgabe wichtiger Geschäftsgeheimnisse und ungenügender Kundenbeschäftigung, Ausfallung des gebundenen Wettbewerbs und schließlich Vernichtung langer und bewährter Geschäftsbeziehungen zwischen Verfrachtern und Speditionen, insbesondere soweit die Speditionen als unabhängige und zuverlässige Berater der Verfrachter in Frage kommen. Zum Schluß fordert die Entschließung, daß die notwendigen Veränderungen in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und unter Wahrung der berechtigten Interessen des Speditionsgewerbes vorgenommen werden.

Verlängerung der Grundvermögens- und der Gewerbesteuer.

× Berlin, 19. Februar.

Der Hauptauschuss nahm am Donnerstag den Entwurf zur Verlängerung des Grundvermögenssteuergesetzes bis 31. März 1932 an unter Ablehnung aller Änderungsanträge. Die angenommene Regierungsvorlage bringt eine Verlängerung der Befreiung von nach dem 31. März 1924 fertiggestellten Neubauten auf acht Jahre und Verlängerungen für das neunzehnte und zwanzigste Jahr. Auf die Debatte ging Finanzminister Dr. Brücker zu. Er erklärte, daß die vom Reich festzustellenden Einkünfte, die die künftige Basis für die Grundsteuer, erst zum 1. Oktober 1931 vorliegen würden, jedoch vorläufig eine Veränderung nicht in Betracht komme. Steuerzuschüsse würden aber wohlwollend behandelt, und es seien weitgehende Stundungen und Niederlassungen üblich. Allerdings dürfe man auch auf diesem Wege nicht zu weit gehen, um das Steuerrecht nicht zu durchlöchern. Angenommen wurde ein Antrag der Wirtschaftspartei, die Lage der Steuerzuschüsse möglichst zu berücksichtigen bei Anträgen auf Stundung und Niederlassung der Grundvermögenssteuer, sowie ein Antrag des Zentrums, wonach landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Grundbesitz nur mit gleichen Zuschüssen belegt werden darf.

Auch die Verlängerung der Gewerbesteuer für 1931 wurde unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen unter Ablehnung aller Änderungsanträge. Der Entwurf legt die Möglichkeit dar, nachgewiesene Fehlbeträge im Gewerbesteuer nicht nur aus dem letzten, sondern den beiden letzten Jahren der Steuererhebung zu berücksichtigen. Hier führte der Finanzminister aus, daß die durch die Notverordnungen des Reichspräsidenten angeordnete Senkung der Gewerbesteuer nicht allgemein für jeden Ort in Frage kommen werde, sondern nur über den Landeshaushalt hinaus zu 33 1/3 Prozent liege. Vom 1. April 1932 ab würden nach dem Reichsrecht alle freien und die ihnen angefallenen Beiträge der Gewerbesteuer unterliegen, abgesehen davon, daß der reinen Kunst und reinen Wissenschaft. Die Frei-

grenze von 6000 Mark werde vom 1. April 1932 ab wassfallen. Auf Grund der jetzt in Preußen bestehenden Freigrenze seien schon 42 Prozent der Gewerbetreibenden von der Steuer befreit. Wenn man auf diesem Wege weitergehe, würden bald 70-80 Prozent keine Gewerbesteuer zahlen.

Angenommen wurde nur noch ein deutsch-volksparteilicher Antrag, die Postlage des Gewerbes bei der Steuererhebung zu berücksichtigen und die Einlegung von Rechtsmitteln durch den Steuerzuschuß zu erleichtern.

Verurteilung wegen eines Hugenberg-Artikels.

CNB, Berlin, 19. Februar.

Zur Zeit des Volksbegehrens gegen den Youngplan hatte der Reichstagsabgeordnete Hugenberg in drei Zeitungen einen Artikel veröffentlicht, in welchem er u. a. sagte, das Ergebnis des Volksbegehrens „werde hoffentlich nicht allzu sehr retuschiert werden.“ In einer anderen Stelle hieß es: „Wir haben den Kampf aufgenommen und hoffen Gutes von ihm, einerseits, was die Organe des Reichsministers beim Volksbegehren herauszureißen.“ Mehrere Ministerialen haben deshalb die Organe des Reichsministers für ihre Beamten erhoben, und das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte i. Zt. den Redakteur Klemm vom „Tag“ u. den Redakteur Schwenn vom „Deutschen Zeitung“ wegen Beleidigung des Reichsministers Severing und seiner Beamten zu je 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Verfahren gegen Geheimrat Hugenberg selbst wurde abgetrennt und schwab noch in erster Instanz. Gegen das Urteil hatte Redakteur Klemm Berufung eingelegt, die heute vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Der Angeklagte legte dar, daß in einer Reihe von Ortschaften bei der Eintragung zum Volksbegehren falsche Urkunden im Spiel gewesen seien, daß Hugenberg keine strafbare Beleidigung sei. Die Berufung wurde verworfen, es bleibt also bei der Geldstrafe von 150 Mk.

Die Spionage in der Tschechoslowakei.

— Prag, 19. Februar.

Zu den drei in den letzten Tagen aufgedeckten Spionagenfällen, die von den Behörden gegenwärtig untersucht werden, erklärte heute der Minister für nationale Verteidigung, Dr. Bystrovsky im Beiratsrat des Abgeordnetenhauses, daß es sich in zwei Fällen mehr um kommerzielle Spionage und nur in einem um militärische Spionage handele. Der Minister erklärte, er habe auf drei Fälle für sehr ernst, weil in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, wo die gegenseitige Zusammenarbeit so notwendig sei, die Frage um jeden Fall aufrecht erhalten werden müsse. Die Regierung sei fest entschlossen, am 25. Februar alle notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe zu treffen.

Generalstreik im französischen Bergbau?

() Paris, 19. Februar.

Die Vertreter der Bergarbeiter haben heute vormittag beim Ministerpräsidenten vorgeschoben, um die Forderungen ihres Verbandes vorzutragen. Die Delegierten sind dann zum gemeinsamen und haben, nach einer Aussprache, einstimmig eine Entschließung angenommen, in der sie sich dafür aussprechen, den Generalstreik in der ersten Hälfte des März in Aussicht zu nehmen, falls die infolge der Abwehrkämpfe von den Bergwerksbesitzern getroffenen Maßnahmen bis dahin nicht zurückgenommen werden.

Neue Programmklärung der spanischen Regierung.

× Madrid, 19. Februar.

Die Agentur Fabra veröffentlicht über die Entwicklung der durch den Rücktritt des Kabinetts entstandenen Krise eine längere offizielle Erklärung, in der zum Schluß über die Ziele der neuen Regierung ausgeführt wird: Die neue Regierung hat außer der Bewältigung der dringenden Gegenwartsfragen des spanischen Lebens und der Befriedigung der heißen politischen Kämpfe auch die Wärfung, die Cortes einzuberufen, die, mit verfassunggebendem Charakter ausgestattet, die Verfassung von 1876 in der vollen erforderlichen Ausdehnung reformieren soll und in der alle Strömungen der öffentlichen Meinung, so extrem sie auch sein mögen, den Weg des Rechtes und die Garantien des Gesetzes, sowie eine angemessene Form für alle Wünsche hinsichtlich der Neuorganisation finden, um diesen die erwünschte Leistungsfähigkeit und die unerlässliche Uebereinstimmung mit den Erfordernissen der neuen Probleme und der neuen Zeit zu geben. Die Regierung wird auch die Wünsche der großen Richtungen der katalanischen Öffentlichkeit in dem Bestreben entgegennehmen, daß die Tatsachen in der neuen Organisation des Staates ihren Ausdruck finden und die jetzt auseinanderstrebenden geistigen Kräfte sich zu dem gemeinsamen Werk der Vergrößerung des Vaterlandes verbinden.

Eine Erklärung des neuen spanischen Justizministers.

× Madrid, 19. Februar.

Garcia Prieto gab bei der Übernahme des Justizministeriums die Erklärung ab, daß er ein liberaler Mann sei. Er wolle mit seinen Kollegen daran arbeiten, ein Parlament zu schaffen, in dem alle Spanier unter der Monarchie das gleiche finden würden, was ein Republikaner in der Republik erwarten könne. Diese Erklärung ist umso bemerkenswerter, als bekanntlich Garcia Prieto, der Ministerpräsident war, 1923 durch die Diktatur Primo de Riveras gestürzt wurde.

Nach dem Faschingsanzug ermordet.

× Rumbach, 19. Februar.

Die 17jährige Landwirtschöterin Margarete Müller aus Rumbach wurde tot in einem Wasserloch aufgefunden. Die Ermordete — denn nur in einem Mordbezug, Totschlag kann es sich handeln — hatte an einem Faschingsvergnügen in einer Wirtschaft in Baumgarten teilgenommen. Nach 2 Uhr früh verließ sie das Lokal. Auf dem Heimwege, der durch eine einsame Gegend führte, wurde sie von einem Mann begleitet. Er hat wahrscheinlich die Tat begangen. Der Mörder wollte das Mädchen ansehend vergewaltigen, ließ dabei jedoch auf heftigen Widerstand. Das Mädchen floh wurde von dem Unhold eingeholt und in dem darauf folgenden heftigen Kampf getötet. Der Täter schleifte die Leiche etwa drei Meter weit in das Wasserloch, in dem sie aufgefunden wurde. Als mutmaßlicher Täter wurde ein junger Mann aus Baumgarten in Polizeihaft genommen. Er soll nachts gesehen worden sein, als er mit dem Mädchen den Heimweg antrat.

in Packungen
von 20 Pfg an.

